



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politische Rundschau.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politische Rundschau.

× Leipzig, Mitte December.

Politische Erbschaften können bekanntlich nicht mit dem *beneficium inventarii* angetreten werden — man muß sie in Besitz nehmen, wie sie gehen und stehen. Das zweite französische Kaiserthum erbte von der Präsidentschaft die Sorge für die weltliche Macht des Papstthums, die Louis Napoleon im J. 1849 übernommen hatte, um die klerikale Partei in Frankreich für die Zwecke seiner inneren Politik zu gewinnen. Darüber sind viele Jahre vergangen, der Krimkrieg ist inzwischen geführt, Oestreich aus Italien verdrängt, die italienische Einheit begründet, die mexikanische Tragödie inscenirt, endlich das Nationalitätsprinzip verkündet und Preußen in die Reihe der mächtigsten europäischen Staaten erhoben worden. Die Consequenzen der römischen Expedition glaubte man längst mit der Abschlagszahlung der Septemberconvention befriedigt und aus der Welt geschafft zu haben. Da drängt sich gerade in dem Augenblick, wo der Kaiser das Murren seines Volks über das an Preußen verlorene Prestige beschwichtigt und nach manchem sorgenvollen Tage einen Augenblick der Sammlung erreicht zu haben glaubte, die weltliche Macht des Papstthums wieder vor und präsentirt den Wechsel, der ihm vor neunzehn Jahren ausgestellt worden. Zum zweitenmal werden französische Soldaten über das Meer gesendet, um die italienischen Patrioten von den Mauern Roms zurückzudrängen, und noch bevor es dem Marquis de Meustier gelungen, eine europäische Conferenz zusammenzuberufen und in die Hände dieser das lästige Inventarstück von 1849 niederzulegen, haben die Macht der Umstände und die Consequenz der Sache die Regierung gezwungen, sich durch den Mund des Ministers Rouher von jeder Gemeinschaft mit dem Nationalitätsprinzip loszusagen, ein neues Bündniß mit dem neunten Pius zu schließen und durch die Erklärung „Rom soll niemals italienisch werden“, den Lebensfaden guter Beziehungen zum florentiner Cabinet zu durchschneiden!

Diese neue Wendung, welche Frankreichs auswärtige Politik genommen hat, ist so unerwartet gekommen, daß weder die übrigen europäischen Staaten, noch auch die französischen Parteien Zeit gehabt haben, feste Position zu fassen. Die Großmächte haben sich begnügt, aus dem Geschehenen den kurzen Schluß zu ziehen: die Conferenz kommt nicht zu Stande. In den Reihen der Oppositionsmänner des Corps legislatif ist von gemeinschaftlichen Beschlüssen dagegen nicht mehr die Rede, unter denselben herrscht eine Verwirrung, die aufs Neue den Beweis führt, wie ohnmächtig eine Partei ist, die keinem positiven

Programm folgt und deren Glieder allein durch die Negation der bestehenden Ordnung zusammengehalten werden. Während Jules Favre die Alliance Frankreichs mit dem Papstthum einer vernichtenden Kritik unterzieht, wissen Thiers und Berryer an derselben nur zu tadeln, daß sie nicht vollständig genug gewesen. Emile Ollivier macht der Regierung wegen der unfreundlichen Haltung Vorwürfe, welche sie Deutschland gegenüber angenommen, Simon verlangt in Uebereinstimmung mit Thiers, daß Frankreich seiner alten Politik treu bleibe, die Mächte zweiten Ranges unterstütze und die Bildung großer Staaten möglichst verhindere. Eine wirkliche Uebereinstimmung der Parteigenossen ist aber im kaiserlichen Lager ebenso wenig zu finden, wie im oppositionellen; wenn auch die Masse der 273 bedingungslos Gouvernementalen, dem „jamais, jamais“ des Herrn Rouher seine begeisterte Zustimmung schenkte, es steht fest, daß ein großer und nicht unwichtiger Theil der Anhänger des Kaiserthums die Lossagung von den Prinzipien der Nationalität und Freiheit für einen Mißgriff hält und von dem unbedingten Eintritt Frankreichs für das dominium temporale nichts wissen will. Mag immerhin wahr sein, daß Herr Rouher im Auftrage des Kaisers gesprochen und von diesem für seine Rede als „Wiederhersteller des parlamentarischen Regiments“ begrüßt worden ist — der Eifer, mit dem de Moustier den Konferenzvorschlag in das Project einer Vorbesprechung der Großmächte umzugießen bemüht ist, läßt durchsehen, daß das Tuilleriescabinet sich in der neugewonnenen Position keineswegs sicher fühlt. Das Aufsehen, welches Rouhers verhängnißvolle Worte gemacht haben, ist allerdings im Stande gewesen, den Eindruck der vernichtenden Rede Favres zu übertäuben, die Schwierigkeiten aber, in welche Frankreich durch die römische Frage gebracht worden ist, sind durch dieselben eher vermehrt, als vermindert worden. Darüber daß das Nichtzustandekommen der Conferenz Frankreich mehr denn je isolire, daß Preußen und England mit der herausfordernden Haltung, welche man Italien gegenüber angenommen, nicht sympathisiren, kann man im kaiserlichen Cabinet kaum verschiedener Ansicht sein. Lenkt man zu Gunsten einer Verständigung mit Victor Emanuel ein, so bedeckt die französische Politik sich mit der Schmach einer Inconsequenz, die sie kaum mehr tragen könnte; läßt man es zum Aeußersten kommen, so ist ein Bruch mit Italien und Menabrea, dem maßvollsten und conservativsten aller in Florenz möglichen Staatsmänner, unvermeidlich. Die Schärfe, mit welcher die „Kreuzzeitung“ die Wahrscheinlichkeit, ja Nothwendigkeit dieses Bruchs schon vor acht Tagen hervorgehoben hat, legt uns Schlüsse auf die Aufmerksamkeit nahe, mit welcher man in Berlin der französisch-italienischen Verwickelung folgt. Trotz aller Verschiedenheit der hien und drüben angewandten Mittel läßt sich einmal nicht leugnen, daß die Einigung Italiens mit der Deutschlands in einem verhängnißvollen Zusammenhang steht. Dem Grafen Cavour wird bekanntlich das ahnungsvolle Wort in den Mund gelegt, die schleswig-holsteinsche Frage

werde Venetien frei machen und mit Italien vereinigen. Unter den gegenwärtig gegebenen Umständen und angesichts der Unzuverlässigkeit der französischen Friedensversicherungen (deren neueste Formulirung mit der der kaiserlichen Thronrede keineswegs identisch ist), kann man sich dem Gedanken nur mühsam entziehen, die Zukunft Roms werde mit der der Mainlinie und des neuen deutschen Bundes in engem Zusammenhang stehen. Selbst Beobachter, welche kein direktes Interesse an den deutschen Dingen haben, weisen in englischen und französischen Journalen (z. B. der *Independance belge*) darauf hin, daß die Strömung, in welche das französische Staatsschiff neuerdings gesteuert ist, keineswegs parallel mit dem Rhein fließe und daß die Elemente, welche sich gegen Italiens Einigung verbunden, im Großen und Ganzen dieselben seien, die vor zehn Monaten die Nothwendigkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem neuen deutschen Staat gepredigt hätten. Damit stimmt, was aus Süddeutschland über die zunehmende Rührigkeit der französischen Diplomaten in Stuttgart und München und über die neuesten Phasen der patriotischen Politik des Freiherrn von Barmbühler gemeldet wird, der das königliche Schlagwort von Erreichung einer äußersten Grenze der Preußen zu machenden Concessionen neu in Cours gesetzt haben soll.

Die Abhängigkeit, in welche Frankreich und die verschiedenen französischen Parteien von den Fragen der auswärtigen Politik gerathen sind, beweist deutlich, daß eine Gesundung dieses Staatskörpers auf anderem wie chirurgischem Wege kaum mehr möglich ist. Das öffentliche Interesse concentrirt sich nicht darum, wie es um Frankreichs innere Zustände bestellt ist, — was Frankreich der übrigen Welt bedeute, ist die Frage, über welche gestritten wird, und auf welche es ankommt. Erwägungen über ein Wachsthum dieser Bedeutung sind es mithin, welche für die Handlungsweise des Kaisers und seiner Regierung maßgebend sein werden, und diesen hat die Opposition nichts entgegen zu setzen, seit ihre Einheit an einer Klippe der auswärtigen Politik gescheitert ist. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß der Glaube an die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer friedlichen inneren Regeneration für den besseren Theil der Franzosen bei der Entscheidung über Krieg und Frieden bestimmend sei. Nach den neuesten Vorgängen in Paris ist es wahrscheinlicher denn je, daß Volk und Regierung sich in dem Wunsche nach einem gewaltsamen Auswege aus den inneren Schwierigkeiten begegnen werden. Die Verwirrung, welche die römische Frage in beiden Lagern angerichtet hat, muß das Gefühl der Unfähigkeit zu innerer Regeneration über sein gewöhnliches Maß hinaus steigern, und welches die Folgen einer inneren Banquerotterklärung des französischen Volkes sind, wissen wir seit siebenzig Jahren und länger aus eigenster Erfahrung. Allerdings werden die Verhandlungen über Preßgesetz und Militärreorganisation den Favre, Pelletan, Thiers, Berryer und Ollivier noch manchen

Angriffspunkt bieten, jener erste „choc“ aber, in welchem die Hauptstärke französischer Redner wie französischer Soldaten besteht, hat nur die Hälfte seiner Wirkung gethan und der Opposition mindestens ebensoviel geschadet, wie der Regierung. Die Meinungsverschiedenheit der Führer über die Fragen der auswärtigen Politik ist der Haupteindruck, den das französische Volk von der Favreschen Interpellation empfangen hat — die Beziehungen zu Rom und Italien bleiben darum im Vordergrunde der öffentlichen Theilnahme und absorbiren das beste Theil des Interesses, das sonst den Fragen der innern Politik des Staats zu gute gekommen wäre. Während für diese letzteren auch in Frankreich auf ein gewisses Maß gesunden Volkeverstandes gerechnet werden kann, müssen wir uns auf eine allgemeine Verwirrung der sittlichen und politischen Begriffe gefaßt machen, wenn die Massen in die Beschäftigung mit Diplomatie hineingezogen und zum Meinungsaustausch über die Beziehungen Frankreichs zu Italien und Deutschland angeregt werden. —

Während die französische Volksvertretung fast ausschließlich mit äußeren Fragen beschäftigt gewesen ist, hat das preussische Abgeordnetenhaus mit dem Budget, der Abfindung der Depossedirten und der twestenschen Angelegenheit, kurz mit Dingen rein häuslicher Natur vollauf zu thun gehabt. Der Rücktritt des Justizministers Grafen zur Lippe ist das „Ereigniß“ des laufenden Monats gewesen und hat zu Deutungen der verschiedensten Art Veranlassung gegeben. Läßt sich ein Zusammenhang zwischen der Verabschiedung dieses Ministers und der Verurtheilung des Abgeordneten Twesten auch nicht leugnen, so fehlt doch aller Grund dazu, dieselbe als parlamentarischen Sieg zu feiern; selbst den günstigsten Fall angenommen, ist es nur der Gegensatz des Justizministers zum Ministerpräsidenten, nicht zu der Majorität des Abgeordnetenhauses gewesen, dem Herr Dr. Leonhardt sein Portefeuille verdankt. Die innere Politik des preussischen Staats wird für die nächste Zukunft bleiben wie sie war, und wir müssen zufrieden sein, wenn Concessionen im Einzelnen gemacht und extreme Parteiübergriffe vermieden werden. Zu einem dauernden Einfluß auf die inneren Fragen kann die nationalliberale Partei nur gelangen, wenn sie unverdrossen an dem Werk sortarbeitet, zu dessen Vollendung sie sich verbunden hat, wenn sie sich im Eifer für dieses von keiner der übrigen Fractionen überflügeln läßt. Das eigentliche Feld ihrer Thätigkeit wird darum — vielleicht noch lange — der Reichstag bleiben, in welchem ihre Stellung wesentlich günstiger ist, als in dem Hause am Dönhofsplatz. Schon aus diesem Grunde begrüßen wir die vom Grafen Bismarck in Aussicht gestellte Uebertragung des Etats für das Ministerium des Auswärtigen auf das Budget des norddeutschen Bundes mit besonderer Genugthuung. — Wie die Zeitungen wissen wollen, werden sich die preussischen Gesanten zu Wien und London schon im Januar 1868 in Bundesgesandte verwandeln. Die Debatte, welche zu dieser Mittheilung Veran-

lassung gab, war an und für sich nicht erhebend. Mag die Verhandlung des Budgets im Plenum des Abgeordnetenhauses immerhin durch Parteirücksichten geboten worden sein, es läßt sich nicht leugnen, daß dieselbe einen wenig erquicklichen Eindruck macht und für die mißgünstige Kritik der demokratischen Presse ergiebiger ist, als für den Fortschritt und die Entwicklung unseres parlamentarischen Lebens. Ermüdung und Unaufmerksamkeit des Hauses sind die unausbleiblichen Folgen einer Art der Geschäftsbearbeitung, die es selbst als ihren Hauptzweck bezeichnet hat, möglichst rasch zu Ende zu kommen und ihre Arbeiten vor Beginn des neuen Jahres zu beenden, ein Zweck, der — beiläufig bemerkt — nicht ein Mal erreicht worden ist. Die preußischen Parteiverhältnisse haben sich seit der Vergrößerung dieses Staats genugsam verändert, um die Gefahren beseitigt erscheinen zu lassen, welche bis zum Jahre 1866 jede Budgetberathung umgaben; seit man nicht mehr zu fürchten hat, die doctrinäre Starrheit einer allmächtigen Demokratie werde in ihrer Abneigung gegen die Regierung jeden Budgetposten allein unter dem Gesichtspunkt der durch Streichung desselben zu ermöglichenden Regierungerverlegenheit betrachten, sind auch die Gründe, welche die Majorität des Landtags vom Herbst 1866 bewogen, den Staatshaushalt nicht in einer Commission, sondern im Plenum zu berathen, unserer Ansicht nach weggefallen. Will man sich den Umschwung der Verhältnisse, der seit dem Sommer vorigen Jahres eingetreten ist, wahrhaft zu Nutz zu machen, so wird man — wie uns scheint — zu dem früheren Modus zurückkehren und dadurch den Gegnern den Beweis liefern müssen, man fürchte sie bei geschlossenen Thüren ebenso wenig, wie vor offenem Hause. Daß das Plenum nicht der geeignete Ort für Behandlung von Detailfragen sei, hat sich bei mehr wie einer Gelegenheit gezeigt. Wie viel fruchtbarer hätte z. B. die Debatte über die Bewilligungen für die Verwaltung der neuen Provinzen sein können, wenn sie in einer Commission geführt worden wäre. Die wichtige Frage nach der künftigen Organisation Hannovers, Schleswig-Holsteins u. s. w. ist ungeachtet der Betheiligung einer Reihe von hervorragenden Rednern so gut wie unbeantwortet geblieben, und das Interimisticum, welches Graf Eulenburg gegen die Meinung der gründlichsten Sachkenner für nothwendig hielt, trotz der vom Abg. Vasker bewirkten Abzüge, durchgesetzt worden. Ueber die „Meinungen des Hauses“ bezüglich der Grundsätze der Organisation in den neuen Provinzen wäre der Minister des Innern in einer Commission sicher sehr viel vollständiger unterrichtet worden, als in einer Plenarsitzung, deren Interesse (nach der zutreffenden Bemerkung des Abg. Windthorst) durch die Fractionöverhandlungen vorweggenommen worden war. Eine gleich günstige Gelegenheit zur Erörterung der Schäden der preußischen Kreis- und Provinzialverfassung wird schwerlich sobald wiederkehren, denn es ist mehr wie wahrscheinlich, daß die Organisation der Verwaltung in den annectirten Provinzen binnen Jahr und Tag eine vollendete

Thatsache sein wird, über deren nachträgliche Beeinflussung durch die Meinung der Volkvertretung man sich keine Illusionen zu machen braucht. — Voraussichtlich werden schon die nächsten Tage eine Unterbrechung der Thätigkeit des preussischen Parlaments bringen; von den Vorlagen, welche nach Beginn des neuen Jahres zur Verhandlung kommen sollen, wird das von dem Abg. Glaser beantragte Hypothekengesetz ein besonderes Interesse haben und wir können damit zufrieden sein, daß dasselbe erst nach Beschluß der dringenden und drängenden Budgetarbeiten an die Reihe kommt. —

Für Oesterreich steht mit dem Schluß des Jahres auch die Erledigung der Verhandlungen über den Ausgleich mit Ungarn bevor, der trotz der Ausstellungen, welche der Reichstag im Einzelnen gemacht hat, seinem Abschluß nahe ist. Freilich bleibt die Entscheidung über die definitive Uebernahme des vollen Rests der Staatsschuld, welche Ungarn den cisleithanischen Ländern aufbürden will, noch in Suspenso, und ist das Auskunftsmitglied, durch welches der Reichstag sich vor der Hand zu helfen versucht hat, mit einem Panique der Börse beantwortet worden. Nichtsdestoweniger ist der Beginn der Delegationsverhandlungen schon für die Mitte des nächsten Monats angesetzt worden und das wiener Publikum erwartet stündlich die Constituirung eines cisleithanischen Ministeriums. Die Aussichten auf Verständigung über die Staatsschuldenfrage sind damit nicht günstiger geworden, vielmehr liegt die Befürchtung nahe, der wachsende Einfluß der magyarischen Honvedpartei werde schon in nächster Zeit seine Wirkungen zu äußern beginnen und sein Aeußerstes thun, um das Maß der von den Déakisten gemachten Concessionen hinabzudrücken. Die blinde Leidenschaftlichkeit, mit welcher die Anhänger Kossuths auf eine Störung des kaum geschlossenen österreichisch-ungarischen Friedens hinarbeiten und für Trennung der ungarischen von der österreichischen Armee agitiren, ruft gegründete Zweifel an der vielgerühmten politischen Reife und constitutionellen Bildung des Magyarenthums wach. Daß das Programm Déaks die äußerste Grenze war, bis zu welcher Herr v. Beusts Willfährigkeit gehen konnte, sollte den ungarischen Politikern am wenigsten zweifelhaft sein, denn sie müssen aus der Geschichte ihres Landes wissen, daß ihnen das gleiche Maß von Autonomie bis dahin niemals zugestanden worden und daß es nicht ihr Verdienst, sondern die Macht der inzwischen wenigstens theilweise wieder veränderten Verhältnisse war, was Oesterreich hinter die Grenzlinie zurückdrängte, an welcher sämtliche wiener Staatsmänner bis zum Jahre 1866 festgehalten hatten. Wird an der militärischen Einheit des Staats gerüttelt, so ist der Beweis dafür, daß der Ausgleich ungarischerseits nicht ehrlich gemeint war, so gut wie geliefert; nur ein Ungarn, das die erste Gelegenheit zur Losreißung vom Hause Habsburg benutzen will, bedarf einer selbständigen Armee. Dieselbe Frage, welche heute von den Perezel und Genossen mit frevelhaftem Leichtsinne als Sturmknopf gegen

das Ministerium benutzt wird, ist für die Geschichte Ungarns schon einmal, im Jahre 1848, verhängnißvoll gewesen: von dem Tage, an welchem Kossuth gegen den Kriegsminister Meszaros für Trennung der (damals in Italien kämpfenden) ungarisch-österreichischen Armee eintrat, schreibt sich, nach dem Zeugniß Springers, das Uebergewicht der Radicalen und damit der Bruch her, der zu dem blutigen Aufstande, der Katastrophe von Villagos und dem Haynauschen Blutregiment führte. Es würde von einem verzweifelt kurzen Gedächtniß zeugen, wenn Ungarn die damals empfangene Lehre vergessen hätte und zum zweiten Mal in das Fahrwasser der Revolution steuern wollte. Und doch liegt diese Gefahr nicht mehr außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Das außerungarische Oestreich wird früher oder später auf die Forderung der Uebernahme eines größeren Antheils an den Lasten des Staatshaushalts zurückkommen und die Oestrichen werden kaum wagen dürfen, die Befriedigung dieser Forderung in ihr Programm aufzunehmen. Gewinnt die Linke an Einfluß, so wird sie sicher den Perczelschen Wünschen Rechnung tragen und dann steht der Anfang des Endes vor der Thür. Die cisleithanischen Provinzen haben Ungarn ein so bedeutendes Maß von gutem Willen entgegen getragen, daß jede neue an sie gestellte Forderung als Provocation erscheint und einen jähen Umschlag herbeiführen muß. Die Feindschaft des slawischen Elements gegen das Magyarenthum ist bis jetzt durch die entschiedene Haltung der deutschen Kronländer paralyßirt worden, — ist es mit der Geduld und dem guten Willen dieser zu Ende, so tritt Ungarn in einen Kampf ein, den sämtliche österreichische Slawen (die Polen allein ausgenommen) sehnlich erwarten. Die Aufregung in Kroatien und an der Militärgrenze hat bereits gegenwärtig einen bedrohlichen Grad erreicht und es kann Oestreich nicht zugemuthet werden, daß es Ungarn zu Liebe seine slawischen Unterthanen vollends in die Arme des Panlawismus treibe. Bewegen sich die Dinge schon sechs Monate nach Abschluß des Friedens um die äußersten Grenzen der Concessionen, welche man sich gegenseitig machen will, so ist eine gedeihliche Weiterentwicklung kaum zu hoffen, wenn anders man nicht rechtzeitig in Ungarn zu einer nüchterneren als der bis jetzt bekundeten Auffassung der Situation kommt. Daß Oestreich auch nur einen Schritt rückwärts mache, ist unmöglich. —

Wie eigenthümlich die Anschauungen sind, mit denen man sich trotz aller Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation und trotz des Aergers über die liberalen Anläufe des Freiherrn von Beust bezüglich der Zukunft des österreichischen Kaiserstaates in den specifisch katholischen Kreisen Süddeutschlands trägt, — das hat sich neuerdings in der Rede gezeigt, mit welcher der Abgeordnete Jörg in der zweiten bayrischen Kammer den Plan einer Reorganisation der bayrischen Armee bekämpfte. Die Reorganisation — so führte der Redner aus — wird Preußen zu Liebe und in Hinblick auf die Alliance mit diesem Staat

unternommen; da aber eine Kräftigung Oestreichs und mit dieser eine Wiederaufnahme der östreichischen Feindschaft gegen Preußen möglich und wahrscheinlich ist und für den Fall eines Konflikts zwischen beiden Mächten die bayrischen Soldaten massenweise zu Oestreich desertiren würden, sei es überflüssig, die Armee nach preussischer Art zu reorganisiren! In der That ein argumentum ad hominem wie es schlagender kaum aufgebracht werden konnte! Der Glaube an die Unfehlbarkeit des östreichischen Glücksterns entzieht sich wie jeder Glaube der Kritik: stügt er sich aber — wie im vorliegenden Fall anzunehmen ist, — auf die Überzeugung von der europäischen Nothwendigkeit einer Großmacht an der Donau, so ist daran zu erinnern, daß diese Nothwendigkeit durchaus keine deutsche ist. Die wachsende Bedeutung des Panlawismus macht die Existenz Oestreichs in der That unentbehrlich, aber nur eines Oestreich, das seinen Beruf im Osten sucht und das sich an einen wirklichen deutschen Staat lehnt.

Wunderbar genug, daß der Partikularismus sich nur ein Oestreich denken kann, wie er es eben braucht, und daß der Glaube an die Möglichkeit der Wiederherstellung dieses Hortes der kleinen Souverainetäten stärker ist, als die Wirklichkeit, in welcher wir seit nunmehr achtzehn Monaten leben! Es werden nicht nur die süddeutschen Staaten selbst durch diesen Glauben an einer richtigen Beurtheilung der realen Verhältnisse verhindert, die östreichischen Staatsmänner stehen fortwährend unter dem Einfluß der Gläubigkeit ihrer früheren Bundesgenossen und können nicht umhin, derselben Rechnung zu tragen. Die Spanne Zeit, welche zwischen der Annahme der preussischen Zoll- und Bündnißverträge und dem Zusammentritte des Zollparlamentes liegt, wird jenseits des Main gerade so benutzt, als ließe sich an den Verpflichtungen, welche man übernommen hat, nachträglich etwas ändern. Man thut sein Möglichstes, um die eiserne Nothwendigkeit, welche vor kaum vier Wochen zur Fügsamkeit zwang, zu vergessen und übersieht dabei, daß den lustigen Träumen, denen man sich hingeeben, ein desto peinlicheres Erwachen folgen muß. So groß ist die Macht der vorgefaßten Meinungen und die Gewohnheit, an lieb gewordenen Vorstellungen festzuhalten, daß man Untersuchungen darüber, ob Preußen während des vorigen Jahres an eine Grenzberichtigung mit Frankreich gedacht hat, für wichtiger hält, als Betrachtungen über die gegenwärtige Annäherung Oestreichs an den „welschen Erbfeind“. Was man auf bloße Vermuthungen hin für einen genügenden Grund zur Verlästerung der Bismarckschen Politik ansieht, heißt, wenn Herr v. Beust ins Spiel kommt: traurige Folge unglücklicher Verhältnisse! — So bringt seit Auflösung des alten Bundes jeder neue Tag neue Zeugnisse dafür bei, daß die süddeutschen Staaten zu einer selbständigen Existenz unfähig sind. Die anderthalbjährige Periode ihrer Herrenlosigkeit ist wenig mehr, als eine Kette von Banquerotterklärungen der Politiker gewesen, welche Jahrzehnte lang von der Möglichkeit eines

von Preußen und Oestreich unabhängigen Deutschland fabelten und auf Rechnung desselben jeden Versuch Preußens, Klarheit und System in die deutsche Verwirrung zu bringen, vereitelten. Die Lehrzeit, welche seit dem Sommer 1866 hinter ihnen liegt, hat lange genug gedauert, um im allseitigen Interesse und besonders im Interesse Oestreichs einen Abschluß nothwendig zu machen, wie wir ihn vom Jahre 1868 erwarten. Für Preußen ist die Auflösung des Bundestags der Ausgangspunkt einer neuen politischen Aera gewesen, Oestreich wird die Möglichkeit einer solchen erst durch den vollständigen Eintritt der süddeutschen Staaten in den neuen Bund geboten werden. Erst wenn der Kreis geschlossen ist, dessen Mittelpunkt die Schwaben und Baiern langsam aber unaufhaltsam zugebrängt werden, wird sich das Verhältniß zwischen Oestreich und dem neuen Deutschland klären. So lange die Süddeutschen dem Wahne leben, sie hätten immer noch zwischen Wien und Berlin zu wählen, so lange sie sich mit der Hoffnung schmeicheln, es sei am Ende gar möglich, einen Zweiherrendienst zu organisiren, sind sie es, welche eine Verständigung zwischen den beiden Großmächten Mitteleuropas verhindern. Vor Lösung der deutschen Frage ist eine Ausgleichung des Zwiespaltes zwischen Oestreich und Preußen undenkbar — nach Eintritt der Süddeutschen in den neuen Bund muß dieser Ausgleich sich von selbst erzwingen oder durch die orientalische Frage erzwungen werden. — Die Hemmung, welche diese während der abgelaufenen zwölf Monate erlitten hat, wird sie, wenn nicht alle Anzeigen trügen, während des Jahres 1868 mit raschen Schritten einholen. Der Artikel des russischen Invaliden, dessen Inhalt uns der Telegraph vor wenigen Stunden mitgetheilt hat, zeigt deutlich an, daß die Entscheidung über die Zukunft des Orients vor der Thüre steht. Oestreich wird noch einmal zu wählen haben zwischen der Alternative, entweder an der Seite Frankreichs zu einem Gegnern entgegen zu treten, oder durch ehrlichen Verzicht auf eine Einnischung in die deutschen Dinge, einen zweifelhaften Bundesgenossen zu Gunsten der Entwaffnung eines Gegners aufzugeben, von dessen zweifelloser Gefährlichkeit es sich durch eine lange Reihe von Erfahrungen überzeugt haben muß.

Bermischte Literatur.

Schillers sämtliche Werke. Kritisch-historische Ausgabe von A. Gödcke (Stuttgart bei J. G. Cotta).

Die beiden bis jetzt erschienenen Bände dieser neuen Ausgabe umfassen auf über 800 Seiten die Schillerschen Jugendgedichte, die Räuber und das württembergische Grenzboten IV. 1867.